



KERSTEN ARTUS  
Mitglied der Hamburgischen  
Bürgerschaft  
Fraktion DIE LINKE

Privat:  
Agathenstraße 10  
20357 Hamburg  
<http://kerstenartus.de>

Abgeordnetenbüro:  
Curienstraße 2  
20095 Hamburg  
Tel. 040/18121800



Hamburg, Dezember 2009

Liebe Eimsbütteler Genossen und Genossinnen,

nun sind fast zwei Jahre vergangen, seitdem die Partei DIE LINKE in die Hamburgische Bürgerschaft eingezogen ist. Seit gut einem Jahr lasten die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Menschen. Die Bürgerlichen haben nur wenig unternommen, um die Auswirkungen abzumindern oder abzufangen. Konjunkturpakete und Abwrackprämien waren ihre wesentlichen Antworten. Sie dienten vornehmlich dazu, die Profite zu sichern und schnell wieder herzustellen. Die Kurzarbeit hat hinausgezögert, was uns im kommenden Jahr voll treffen wird: Ein neue Welle der Massenarbeitslosigkeit. Mit der neuen Bundesregierung sind die Aussichten nicht besser geworden: Die Steuerausfälle werden weiter steigen, die Gesundheit wird weiter privatisiert, die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich weiter zunehmen.

Die achtköpfige Fraktion DIE LINKE in der hamburgischen Bürgerschaft hat ihren Job gemacht: Parlamentarische Initiativen gestartet, sich in die aktuellen Debatten der Stadt eingemischt, CDU, SPD und GAL Paroli geboten. Ich war und bin als Fachsprecherin für die Gebiete Frauen/Gleichstellung, Gesundheit, Verbraucher- und Tierschutz, Gewerkschaften und Medien aktiv – und seit neuestem auch für die Pflege. Ich arbeite eng mit vielen Initiativen, Verbänden, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten zusammen. Sie unterstützen mich mit ihrem Wissen, wenn es um ihre Belange geht. Mein Eindruck ist: Sie sind froh, gefragt zu werden. Ich habe es bislang noch nicht erlebt, abgewiesen zu werden – im Gegenteil. Die Engagierten in der Stadt sind dankbar für uns als Oppositionspartei. Wir setzen nämlich ohne Bürokratie und andere Verkompliziertheiten Vorschläge und Forderungen um. So sind verschiedene Anträge und Anfragen von mir in diesem Jahr initiiert worden. Unter anderem eine Bundesratsinitiative zur Pflege, eine Resolution zu Bagatellkündigungen, ein Antrag zur Leiharbeit bei Asklepios, ein Antrag für das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände. Ich nutze außerdem meine Möglichkeiten als Abgeordnete, Anfragen an den Senat zu stellen: 109 sind es bislang gewesen. Damit gehöre ich zu denjenigen 121 Abgeordneten, die dem Senat am meisten Informationen abfordern. Große Anfragen habe ich in diesem Jahr zur Frauengesundheit, zu Hermaphroditen und zum Hamburger Pressemarkt initiiert. Sie wurden dann von der gesamten Bürgerschaft diskutiert. Eine weitere zur Schweinegrippe ist von mir und meiner Referentin Tanja Chawla in Vorbereitung. Das Geschäft mit der Verunsicherung um den Sinn und Unsinn der Impfaktionen hat sich nicht für die Stadt gelohnt, denn sie bleibt auf

ihren Impfdosen sitzen. Und unser Antrag zum Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine – Bremen hat es übrigens bereits – kommt im Frühjahr in den Ausschuss zur Debatte und auch zur Frauengesundheit werden noch einige Themen kritisch vertieft, zum Beispiel das Mammascreeing. Unterstützt habe ich zudem den Vorstoß, den Artikel drei des Grundgesetzes zu erweitern: Die Sexuelle Identität darf nicht zu Diskriminierungen führen.

Viel von meiner Zeit hat das UKE in Anspruch genommen. In enger Abstimmung mit Beschäftigten, Angehörigen von Patienten, dem Personalrat und ver.di habe ich mit großem Presseecho sechs Wissenschaftsausschusssitzungen vorbereitet und den UKE-Vorstandsvorsitzenden nach den skandalösen Umständen befragt, die nach dem Umzug des Klinikums in den Neubau aufgetreten sind. Aufgrund meiner Intervention wurden Arbeitsorganisation und -abläufe im UKE so geändert, dass Patienten sicherer sind. Auch für die Zustände in anderen Krankenhäusern wurde ich aktiv, so bei Asklepios und beim Wilhelmsburger Krankenhaus Groß Sand.

Ein weiterer Schwerpunkt in 2009 waren für mich die Obdachlosen, die Pflegebedürftigen und die Älteren in Hamburg. Anhörungen im Sozialausschuss haben Interessantes und Erschreckendes zu Tage gebracht und die Unterversorgung Hilfsbedürftiger verdeutlicht. Der Senat redet vieles Schön. Er lobt eine Umfrage unter Obdachlosen, bewertet aber ihre Aussagen ganz anders als wir das tun. Zum Beispiel ist der Anteil nichtdeutscher Obdachloser gestiegen. Sie sind besonders hilfebedürftig, weil sie keine Krankenversicherungskarte haben und keine andere Einnahmequelle außer Erbetteltem. Der „Sozial“-Senator will aber keine speziellen Hilfen für sie anbieten, weil er diese Menschen nicht in Hamburg haben, sondern lieber abschieben will. Nicht viel besser geht es den alten Menschen in Hamburg: Eine Hamburger Studie an 8.500 Verstorbenen über 80 Jahre ergab, dass jede/r Zweite keine Zähne oder Zahnersatz mehr im Mund hatte. Druckgeschwüre und Magensonden kamen unverhältnismäßig oft vor. Der Senat lobt kleine Verbesserungen im Verhältnis von vor zehn Jahren, aber wir fragen: Wie geht diese Gesellschaft nur mit ihren Alten um? Mich haben die Ergebnisse aufgeschreckt. Es wird viel zu wenig Geld für sie ausgegeben. Alten geht es nur dann gut in Hamburg, wenn sie genug eigenes Geld haben.

Noch in der Dezember-Sitzung der Bürgerschaft wurde allerdings ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte von in Heimen lebenden Menschen – Alten, Behinderten, Pflegebedürftigen – erheblich verbessert. Ich finde, es ist ein erster richtiger Schritt zur umfassenden Verwirklichung von Menschenrechten in dieser Lebensphase. Die Grundsätze der neuen UN-Behindertenrechtskonvention sind noch nicht umfassend berücksichtigt, aber wir werden darauf achten, dass kein Stillstand dieser Entwicklung eintritt – trotz der prekären Haushaltslage, in der sich Hamburg befindet.

Die Haushaltsberatungen ab Mitte 2010 werden das ganze Desaster schwarzgrüner Finanzpolitik verdeutlichen: Unsere Alternativen sind gefragt und unser Widerstand. Während in der Elbphilharmonie bereits die Fenster eingesetzt werden, will die Stadt am Personal sparen. Während die U4 weitergebaut wird, wird der Rechtsanspruch für Zweijährige auf einen Kita-Platz verschoben. Während der doppelte Abiturjahrgang Ausbildungs- und Studienplätze sucht, initiieren die Eliten der Stadt mit Unterstützung der FDP und Teilen von CDU und SPD ein Volksbegehren gegen längeres gemeinsames Lernen. Wir zeigen die Alternativen auf und werben dafür Mehrheiten – unter den Menschen und natürlich auch unermüdlich im Parlament.

Seit Mai haben wir unser neues Büro in der Curienstraße – es ist ein attraktiver Anlaufpunkt für interessierte BürgerInnen und Parteimitglieder geworden. Auch ich habe dort mein Abgeordnetenbüro eingerichtet. Es steht BesucherInnen offen und ist Schauplatz intensiver Besprechungen und von viel Arbeit. Wenn alle Planungen sich erfüllen, dann habe ich bald auch in Eimsbüttel eine direkte Anlaufstelle.

Eines meiner Wahlkampfaussagen war, Politik transparent zu machen: Ich pflege aufwändig meine Website <http://kerstenartus.de>. Sie ist immer auf dem neuesten Stand meiner Aktivitäten, dort sind alle meine Anfragen, Presseerklärungen und Termine zu finden. Auch meine Reden: Manchmal sind es gleich mehrere, die ich auf nur einer Bürgerschaftssitzung zu halten habe, je nach Themen auf der Tagesordnung. Seit neuestem stelle ich sie auch auf Youtube, sodass sie nicht nur gelesen, sondern auch noch mal angehört werden können. Mein blog wird fast täglich von mir beschrieben und erlebt steigende Zugriffszahlen. Seit einigen Wochen bin ich nun auch bei Facebook registriert und vernetze mich dort mit anderen Linken aus Hamburg und ganz Deutschland, den Abgeordneten anderer Bürgerschafts- und Landtagslinksfraktionen und der Bundestagslinksfraktion. Schaut mal rein!

Die Bürgerschaftsfraktion wird dafür sorgen, dass die Herrschenden im Rathaus weiter unter Druck sind. Sie werden sich für unsoziale Maßnahmen rechtfertigen müssen; sie werden sie nicht in dem Maß durchziehen können, wie sie es ohne uns tun würden. Dazu brauchen wir die Unterstützung der Partei, ihrer Mitglieder und vieler anderer Menschen, die es Leid sind, dass vornehmlich die Eliten der Stadt bedient werden.

2010 wird ein Schicksalsjahr für diese Stadt und dieses Land, denn die Ausmaße der Wirtschaftskrise werden voll durchschlagen. Dagegen gilt es Aufzumucken und Nein zu sagen – gemeinsam mit allen Menschen, die sich ein besseres Leben in einer sozial gerechten Gesellschaft wünschen!

Herzlichst,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Artus' with a stylized flourish at the end.

Kersten Artus